

Bezugspreis:

Stichtag: 12.30 Mk., monatlich 4.50 Mk. für im Haus voraus bezogen. Post-Bezug monatlich 4.50 Mk. ...

Der 'Vorwärts' mit der Sonntagsbeilage 'Welt u. Zeit' erscheint wochentags zweimal Sonntags einmal.

Verantwortlicher: Sozialdemokratisches Berlin.

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreis:

Die achtspaltige Anzeigenzeile kostet 2 Mk. ...

Redaktion und Expedition: SW. 68, Lindenstr. 3. Fernsprecher: Amt Marienplatz, Nr. 15190-15197.

Montag, den 26. Januar 1920.

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., SW. 68, Lindenstr. 3. Fernsprecher: Amt Marienplatz, Nr. 11753-54.

Keine Kürzung der Brottration.

Was jetzt?

Jetzt, nachdem das Betriebsrätegesetz angenommen ist, müssen wir es unverzüglich durchführen und ausbauen. Je mehr wir den Zweck des Gesetzes erreichen, je größer der Einfluss wird, den die Arbeiter durch die Betriebsräte auf die Regelung der gemeinsamen Arbeit und auf die Verteilung des Arbeitsertrages haben, je deutlicher es sich zeigt, daß die Fortschritte in unserm Wirtschaftsleben tatsächlich die allgemeine wirtschaftliche Not unseres Volkes lindern, um so mehr wird die Arbeitslust und der Arbeitsertrag wachsen.

Sier kommt es darauf an, die vielen Arbeitslosen wieder in die gemeinsame Arbeit einzugliedern. Das ist deshalb so schwierig, weil oft, infolge des Mangels an Kohlen, Metallen und anderen Roh- und Hilfsstoffen passende Arbeitsgelegenheit fehlt. Daher erfordert eine zweckmäßige Beschäftigung der Arbeitslosen in der Regel sorgfältige Vorbereitungen. Die Arbeit muß in allen Beziehungen den Arbeitsmöglichkeiten so angepaßt sein, daß Arbeitsstörungen ausgeschlossen sind. Diese Aufgabe können nicht allein mehr oder weniger wohlwollende Beamte vom grünen Tisch aus erfüllen, sondern die Arbeitslosen selbst müssen dabei wesentlich mitarbeiten. Dazu bietet jetzt das Betriebsrätegesetz die Grundlage.

Die Arbeitslosen müssen für die Arbeit zu Gruppen vereinigt werden, die im Sinne des Betriebsrätegesetzes eine besondere Art von Betrieben sind. Für die Gruppen haben die Verwaltungsbehörden mit Hilfe der Betriebsräte geeignete Notstandsarbeiten zu ermitteln, vorzubereiten und zu leisten. Diese Arbeiten sollen nicht nur eine bessere Fürsorge für die Arbeitslosen sein, als die bisherige Arbeitslosenunterstützung ist; sie sollen auch den Übergang in die ständigen Arbeiten bilden. Daher sollen sie dort einsetzen, wo sie zur Förderung unseres Wirtschaftslebens am notwendigsten sind: in der Kohlenbeschaffung, dem Eisenbahn- und Schiffahrtsverkehr, der Herstellung von künstlichem Dünger, bei solchen landwirtschaftlichen Arbeiten, die eine große Zahl von Arbeitern erfordern, bei Begeerdarbeiten usw.

Wenn hierbei ganze Gruppen von Arbeitern verwendet werden, und wenn sie selbst durch ihre Vertreter die Arbeit regeln, dann werden sie sich verhältnismäßig leicht in solche Arbeiten finden, die sie entfernt von ihrem bisherigen Wohnorte oder von dem Wohnorte ihrer Familie verrichten müssen, oder in solche Arbeiten, an die sie nicht gewöhnt sind. Ohne solche Umstellungen kommen wir nicht mehr aus. Vor dem Kriege hatten wir eine große Einfuhr von Lebensmitteln und Rohstoffen, die wir nach dem verlorenen Krieg vorläufig nicht mehr aus dem Ausland bekommen, die wir aber nicht entbehren können und deshalb unbedingt im eigenen Lande herstellen müssen. Oft genug wird das nur unter großen Schwierigkeiten möglich sein, und nur dadurch, daß die Arbeiten als Notstandsarbeiten ausgeführt, und daß beträchtliche Zuschüsse aus der Reichskasse geleistet werden. Den Zuschüssen haben die meisten Arbeiter gegenüber, die als Arbeitslosenunterstützungen für die bei den Notstandsarbeiten beschäftigten Arbeiter gezahlt werden müßten, wenn keine Notstandsarbeiten vorgenommen würden. Ueberdies werden die Zuschüsse um so geringer, je mehr wir uns den jetzigen Verhältnissen anpassen und die Notstandsarbeiten in ihrer Leistungsfähigkeit steigern haben. Die Steigerung wird um so schneller eintreten, wenn die Arbeiter durch ihre Betriebsräte die Sicherheit dafür erhalten, daß die Notstandsarbeiten in dem Maße, wie ihre Leistungen steigen, sich den allgemeinen Lohn- und Arbeitsbedingungen nähern und ihren schließlich bei gleichen Leistungen, völlig entsprechen. Selbstverständlich unter Berücksichtigung der Teuerung. Die reibungslose Anpassung der Löhne an die Teuerung ist für die Notstandsarbeiter nicht weniger notwendig, als für die anderen Arbeiter. Die Anpassung muß für alle Arbeiter gleichmäßig eintreten.

Das müssen wir ganz besonders betonen, weil nach einem Bericht der 'Frankfurter Zeitung' kürzlich im Reichsarbeitsministerium eine Besprechung der Frage einen sehr bedauerlichen Verlauf genommen hat. Danach sollen fast alle Medner Bedenken gegen eine mechanische Anpassung der Löhne an die Preise der Lebenshaltung geäußert haben; davon sei ein häßliches Steigen aller Preise zu befürchten.

Steigen nicht die Preise auch dann, wenn die Arbeiter nicht höhere Löhne bekommen? Die Folge der Preissteige-

Ausmahlung bis 90 Prozent.

Obwohl wir ausreichend mit Getreide versorgt sind, und auch keine Schwierigkeiten für die nächste Zeit zu befürchten sind, hat die Regierung den Wunsch, einen größeren Stock Getreide anzusammeln, der ihr eine größere Bewegungsfreiheit gestattet. Aus diesem Grunde ist die Ausmahlung des Getreides auf 90 Prozent erhöht worden. Da außerdem in letzter Zeit die landwirtschaftlichen Maschinen nicht mit genügend Kohle versorgt werden konnten, um die Ausmahlung des Getreides zu bewerkstelligen, ist jetzt Abhilfe geschaffen worden, da jetzt überall größere Mengen zur Verfügung gestellt worden sind. Es ist bereits jetzt festzustellen, daß die Auslieferung des Getreides besser geworden ist. Von einer Herabsetzung der Brottration kann nicht die Rede sein und sie wird auch nicht stattfinden.

Zahlreiche Verhaftungen in Frankfurt.

(Eigener Drahtbericht unseres Frankfurter Korrespondenten.) Auf Veranlassung des Reichswehrministers wurden Montag früh durch die Kriminalpolizei die unabhängigen und kommunistischen Führer der Frankfurter Eisenbahnerbewegung Hertel, Michel, Knuth, Sembel, Sand und August Schneider in Schutzhaft genommen.

Das handelsoffene Sowjetrußland.

Die Entente hat ihre Bereitschaft zur Wiederaufnahme des Handels mit Sowjetrußland erklärt, aber es hängt noch etwas. Es geht den Bolschewiki natürlich gegen den Strich, daß die Entente nur mit den alten Semstwo, den vorkommunistischen Genossenschaften, anstatt mit den Sowjets die Handelsbeziehungen anzuknüpfen will. Außerdem hält die Sowjetregierung wenig vom Warenkauf während des Kriegszustandes, denn nach einer Sabotageaktion aus Paris hat die Sowjetregierung die Entente davon verständigt, daß sie nur unter der Bedingung eines vorherigen Waffenstillstandes dazu bereit sei, die Handelsbeziehungen mit ihr wieder aufzunehmen. Wenn die Entente diese Bedingungen ablehne, würden sämtliche alliierten Schiffe, die sich gegenwärtig in russischen Häfen befinden, versenkt werden.

Man sieht, die Moskauer geben scharf ins Zeug; sie kennen genau die Gründe des ententistischen Entgegenkommens, nämlich die zweifelloste und für die Entente arg bedrohlichen Erfolge der Roten Armeen, die den Gedanken der Revolution in die ärmsten Winkel Asiens, nach Indien, Persien, sogar in die Türkei hineintragen. Selbst Polen bekommt es mit der Angst zu tun. Der Beschluß der Verbündeten, den Handelsverkehr mit Rußland wieder aufzunehmen, hat in Warschau große Bestürzung hervorgerufen. Man befürchtet eine Februaroffensive der gut ausgerüsteten Roten Armee, der Polen keine gleichwertigen Kräfte entgegenzustellen hat.

Die gleichebleibenden Löhnen ist für die Arbeiter eine weitere Verschlechterung ihrer Lebenshaltung. Um diese Verschlechterung möglichst zu verhindern, bleibt nur der eine Ausweg, auch die Löhne entsprechend zu erhöhen.

Richtig ist es, daß auch dies allein unbefriedigend ist. Die höheren Löhne tragen zu weiteren Preiserhöhungen bei, so daß von neuem die Löhne erhöht werden müssen, und immer weiter das eine das andere treibt. Wenn wir aber dieser Entwicklung nur bei den Löhnen einen Halt gebieten wollten, bliebe der Mangel an Waren bestehen und die Warenpreise stiegen aus diesem Grunde immer höher. Ingleich vertrieben wir uns den einzigen Rettungsweg. Denn eine wirkliche Besserung ist nur möglich durch größere Arbeitsleistungen und als Folge davon, durch größere Zufuhr von Waren, bis das Angebot der Waren die Nachfrage nach ihnen deckt und die Steigerung der Warenpreise aufhört. Wir müssen also alles tun, um die Arbeitsleistung zu steigern und dürfen deshalb nicht den Arbeitern die Lust zur Arbeit dadurch erlösen, daß wir ihnen trotz weiterer Verteuerung der Lebenshaltung eine angemessene Erhöhung der Arbeitslöhne verweigern oder sie damit auf eine spätere Zeit vertrösten. Letzteres ist in jeder Verlesung im Reichsarbeitsministerium versucht worden. In dem erwähnten Bericht heißt es nämlich weiter:

Dagegen wurde allgemein die große Bedeutung der vom Reichsarbeitsministerium veranlaßten Lebenshaltung- und Lohnstatistik für eine angemessene Lohnbemessung und für die Aufstellung der Tarifverträge anerkannt. Die Frage, wie die Ergebnisse dieser Statistik in der Praxis bei-

Tarifvertrags- und Einigungsverhandlungen zweckmäßig zu bewerten seien, wird von der Zentralarbeitsgemeinschaft unter Beteiligung des Reichsarbeitsministeriums eingehend geprüft werden.

Gegen die Statistik ist nichts einzuwenden. Aber sie darf nicht dazu benutzt werden, eine unausschießbare Maßnahme, wie die Erhöhung der Löhne entsprechend der Teuerung zu verzögern. Bisher sind bereits viele Tarifverträge abgeschlossen worden, ohne daß die Ergebnisse einer Statistik wie die jetzt geplante, vorliegen. Ebenso verhält es sich mit der Erhöhung der Löhne. Sie muß ohne langwierige statistische Arbeiten möglich sein, da sie sofort notwendig ist. Ueberall können mit Hilfe der Betriebsräte die Teuerungssätze der Löhne, die sich in jedem Vierteljahr etwa, aus den Preiserhöhungen ergeben, leicht und schnell ermittelt werden. Das muß und kann vorläufig genügen.

Aber sofort muß in diesem Sinne gehandelt werden, damit wir endlich die Arbeitslosenfrage so lösen, wie es unsere Not erfordert.

Besserer Beamtenschutz!

Zu unserem Aufruf in Nr. 43: 'An die deutsche Beamtenschaft' erhalten wir aus Beamtentreisen folgende Zuschrift:

Wenn die Partei die Beamten zum Eintritt in ihre Reihen auffordert, dann hat sie auch die Pflicht, ihre Mitglieder zu schützen. Zurzeit weiß jeder Beamte, daß es ihm immer noch wie unter den Kaiserlichen schädlich ist, sich zur Sozialdemokratie zu bekennen, dagegen außerordentlich nützlich, sich möglichst reaktionär zu betätigen; das erleichtert seine Anstellung und sein Fortkommen. Da noch meistentens die meisten, in der Justizverwaltung alle Verhältnisse von Behörden einschließlich der sehr wichtigen Personaldezernate mit reaktionären Beamten künftiger Sorte besetzt sind und diese Beamten über ihre Untergebenen berichten und ihre 'Qualifikation' feststellen, so ist es klar für jeden, der die Interessen der Entente kennt, daß es zur Erlangung günstiger Qualifikationen, die ja ein rein persönliches Urteil darstellen, wertvoll ist, sich den persönlichen Meinungen der Vorgesetzten anzupassen. Natürlich wird eine Qualifikation nicht mit der politischen Ansicht des Beamten begründet, aber — na, das geht eben so besagten Interessen. Wenn man das durch das alte Regime in der Vergebung wichtiger Posten begangene Unrecht nicht rauch und energisch beseitigt, haben wir noch nach 100 Jahren die Reaktion in der Verwaltung.

Zweifelloso enthalten diese Ausführungen unseres Genossen, der aus praktischer Kenntnis heraus tiefen Einblick in die Dinge genommen hat, sehr viel Beherzigenswertes. Allerdings kann man sich dem Eindruck nicht ganz verschließen, daß die Sachlage ein wenig zu düster beurteilt wird. Sowohl an maßgebenden Stellen noch reaktionäre Beamten sitzen, ist es allerdings unbestreitbar, daß diese ihren Untergebenen das Leben so schwer wie möglich machen und ihnen die freie politische Betätigung zu nehmen suchen wie ehemals. Es darf aber nicht übersehen werden, daß der Reinigungsprozess, den die Regierung unmittelbar nach der Revolution eingeleitet hat und in dem sie noch heute unablässig begriffen ist, schon jetzt, im zweiten Jahre der Revolution, so bedeutende Erfolge erzielt hat, daß man eine Wiederaufrichtung der Reaktion im Beamtentum nicht mehr zu befürchten braucht. Auch weiterhin wird die Sozialdemokratie es ihrem Verprechen gemäß es als ihre vornehmste Aufgabe ansehen, die Beamten vor jedem Übergang von reaktionärer Seite zu schützen, und wir sind überzeugt, daß sofortiges energisches Einschreiten gegen jede Wählerregung eines politisch unlieblichen Beamten in absehbarer Zeit jedem Beamten das offene Bekenntnis zur Sozialdemokratie ermöglichen wird. Solange wir dies jedoch noch nicht vollständig erreicht haben, muß es nach wie vor Aufgabe der Beamtenschaft selbst sein, durch festen organisatorischen Zusammenschluß einen Körper von einer Geschlossenheit zu bilden, an dem jeder reaktionäre Übergang zum wirkungslosen Abprallen verdammt ist.

Offensive in Weinkellern.

Täglich finden sich neue Befehle, welche die Heften Urkunden unseres militärischen Zusammenbruchs reiflos auflösen zu können behaupten. Man hört da mitunter die ungläublichsten Angaben, unter denen das Märchen von 'dem Dolchstoß der Heimat' nur eine der vielen Verleumdungen ist. Einem Herrn Konsistorialrat a. D. v. Rohden

Nach es vorbehalten, eine neue Ursache des Zusammenbruchs zu entdecken. In einem Vortrag über „Vererbung und Erblichkeit“, den er in Steglitz hielt, führte dieser Herr nämlich folgendes aus:

Den Krieg, und zwar hauptsächlich die letzte Juden- dorff-Offensive hätten wir deshalb verloren, weil diese Offensive in den Weinkellern von St. Albert stecken geblieben sei. Herr Lubendorff hätte ihm (dem Redner) dies in einer Gesellschaft selbst bestätigt!

Also der Tuff hat uns zugrunde gerichtet. Leider hat der Herr Pfarrer in seinen Ausführungen nicht deutlich zu erkennen gegeben, gegen wen sich dieser schwere Vorwurf richtete: Gegen gewisse Angehörige des in der Etappe und in der Heimat in Kaffees schleimenden Offizierskorps oder gegen die Feldfrauen, die mitunter ihren Durst aus schmutzigen Tümpeln stillen mußten. Wahrscheinlich dürfte aber Herrn von Lubendorff diese Ansicht abgehen, und so verdient diese unerbittliche Beschimpfung unserer Soldaten als charakteristisches Zeichen pfarrherrlichen Gemeinheitsgeistes festgenagelt zu werden.

Der skandinavische Arbeiterkongress geschlossen.

Am Freitag fand die Schlußsitzung des 9. skandinavischen Arbeiterkongresses statt. Es wurde eine Resolution angenommen, die sich für Einführung von Betriebsräten ausspricht. Darin heißt es u. a.:

Die industrielle Demokratie muß ein Glied in dem Sozialisierungsprozeß werden. Der Kongress warnt jedoch vor der Forderung, daß die ökonomische Umgestaltung der Gesellschaft von einem Tag zum andern geschehen könne. Der Kongress hält daran fest, daß die Demokratie die Grundlage und der Sozialismus das Ziel für die Befreiungsbestrebungen der Arbeiterklasse sein müsse.

Diese Resolution wurde gegen 6 norwegische Stimmen angenommen. Ueberhaupt spielten die Norweger die Rolle der Radikalen, sie blieben aber bei jeder Abstimmung in der Minderheit. Am Schluß der Tagung sprach sich ein finnischer Sozialist in scharfer Weise gegen den Bolschewismus aus. Eine Reihe norwegischer Abgeordneter verließ darauf demonstrativ den Saal.

Kleine politische Nachrichten.

Minister Koch über Regierungsaufgaben. In einer von der Demokratischen Partei veranstalteten Versammlung in Bremen sprach Minister Koch über die Aufgaben der Regierung, die sich als Vollstreckerin des Mehrheitswillens zu fügen habe. Er wandte sich gegen eine gewalttätige Verfolgung Preußens, wies aber auf die notwendige Entwicklung zum Einheitsstaat hin. Die Arbeitsfreudigkeit sei wichtiger, die Produktivität müsse weiter wachsen. In der auswärtigen Politik sei die Koalition die einzig mögliche Regierungsform.

Zur Schließung der Eisenbahnverhältnisse I und II Versln er- läßt eine hiesige Korrespondenz, daß die Neuinstellung von Arbeitern am 20. Januar beginnt. Ueber die Regelung der Afford- frage sollen am Montag im Eisenbahnministerium mit den Vertretern der Eisenbahnerorganisationen verbindliche Ver- sprechungen stattfinden. Der Verband Deutscher Eisenbahnhand- werker und -arbeiter hat infolge der Schließung verschiedener Werk- stätten seine Funktionen zu einer außerordentlichen Tagung am Donnerstag nach Berlin berufen.

Wähle Aufhebung der Vorkaufszeit. Aus einem Erlass des bayerischen Verkehrsministers geht hervor, daß am 1. April d. J. für das ganze Reich durch Gesetz die Vorkaufszeit be- seitigt und für die Beförden dafür der Weg der Reichs- bewilligungsmarke beschritten wird.

Vom Kongress der Bergarbeiter. In den Verhandlungen am Sonntag wurde die Diskussion über das Hefters Hues fortge- setzt. Eine große Anzahl Redner der radikalen Richtung wies auf die Forderung der sechsstündigen Schicht fest. Die Wortführer der Opposition erklärten, die sofortige Einführung der sechs- stundenigen Schicht sogar erzwingen zu wollen. Umbrüst-Verlin warnte die Bergarbeiter, an der Durchführung dieser Forderung festzuhalten, weil dadurch das Los des deutschen Volkes aufs bitterste erschwert werde. Erste Linie und nur eine vermehrte Kohlen- förderung vor dem völligen Untergang retten.

Einer von Vielen.

Eine Illustration zu „Deutschlands Ausverkauf“. Von L. v. Humbrecht.

Er kommt irgendwoher aus dem Süden; seine Kindheit hat er in einer jener engen, unglücklich schmügeligen Gassen verbracht, wo in nachbühnigen Behangungen Mensch und Vieh eng zusammengepresst in paradiesischer Enge ihr Dasein fristen. Kommt den Kinder- schen entwachsen, ist er als Lehrling bei einer großen Firma eingetreten. Weil er ein pfiffiger Kopf ist und Geschäftssinn hat, macht er Karriere. Mit achtzehn Jahren ist der lächelnde Jüng- ling Lagerhalter; mit fünfzehnundzwanzig schickt ihn sein Haus als Filialleiter nach einem Exerz. Sein Gehalt ist ge- ring, aber er macht — verbottenerweise — „neberbei“ erst Geschäften, dann Geschäfte, deren Gewinn seinen Jahresgehalt um das Vielfache übersteigt. Sobald er ein kleines Kapital bekommen hat, läßt er sich von der Firma und macht sich selbständig. Gelangt in ein paar Jahren zu mäßigem Wohlstand. Dann kommt plötzlich das Glück, auf das er mit fatalistischer Sicherheit seit der Kindheit gewartet hat. Die Welle des Krieges hebt ihn hoch, verdoppelt, verdreifacht, vermehrt und ver- hundertacht sein Vermögen. Heute ist er vielfacher Millionär und niemand würde in dem behängigen Herrn, in dessen gedunnenem Gesicht die Augen gleich Schlingen in Festschnur gebettet liegen den magerten, kleinen Angestellten der großen Firma wieder- erkennen.

Lauernd, wie die Spinne ihr Opfer, verfolgt er den Nieder- gang der Realwelta. Und als der ganz große Sturm gekommen ist und die Konjunktur sich für ihn gar nicht mehr günstiger ge- stalten kann, macht er sich auf und klettert sich jener gewaltigen Prozeßion an die aus allen Erdteilen, aus allen Himmelsstrichen zusammenströmte, um das in Konkurs geratene Warenhaus Deutsch- land bis zum letzten Hosenknopf aufzulösen.

In einem der größten Hotels Berlins steigt er ab; zahlt für die schönsten Zimmer einhundertfünfzig Mark täglich und freut sich, wie billig er wohnt. Denn nach dem Stande der Baluta dividiert er jede Summe automatisch durch zehn, und zwölf Mark für das „Fürstinnenapartement“ ist wahrlich nicht zu hoch gerechnet. In Londoner und Pariser Hotels hat er ganz andere Preise zahlen müssen.

Und ebenso spottbillig wie er wohnt, ißt und trinkt, kauft er auch ein. Und was kauft er alles? Automobile und Kistenpapier, Eisenbahnmateriale und Holzträger, Aufhänger für Zementbänker, Leddybüden, Wuppen, Zenerzeuger, Lampen, Schußbüchsen, Wei- ßste, Papier, Linte, Thermosflaschen, Wetterdächer, Fieber- spherommes, Spiritin — ja selbst in den Sargmagazinen

betriebsbeziehung der Schichtwerke. Die Schichtwerke in Elbing haben am Montag ihren Betrieb wegen der passi- ven Resistenz eines Teils der Arbeiter eingestellt.

Eintriffen der ersten Heimkehrertransporte in Gutzdaven. Nach einem Telegramm des Durchgangslagers Gutzdaven tritt dort Montag das erste deutsche Heimkehrerschiff von Rouen mit 551 Seeresangehörigen, 3 Schwere- und 9 Leichtverwundeten ein. — Laut Nachrichten aus Le Havre ist dort der deutsche Dampfer „Melitta“ eingetroffen, um etwa 700 deutsche Kriegsgefangene nach Bremen an Bord zu nehmen.

Hensburger Kundgebungen. Am gestrigen Sonntag fand in Hensburg eine Kundgebung der Dänen statt, die zum den Er- wartungen ihrer Veranstalter entsprochen haben dürfte. Eine von deutscher Seite einschende Gegendemonstration un- tersagte, den Berichten zufolge, etwa das Doppelte der für Däne- mark Demonstrierenden.

Aus der Antwerpener „Post“: Kardinal Mercier hat eine lange Unterredung mit Clemenceau gehabt. Der Tiger hat den Wunsch ausgesprochen, in ein Kloster einzutreten. Nun ist Kardinal Mercier auf seinen Knieen. Er kennt in Belgien kein einziges Kloster, dessen Regeln streng genug sind, um diesen Sünder weis zu waschen.

Die Bekämpfung auf die italienische Antelpe betrug 11 Milliar- den Lire.

Best in Moskau? Einem Bunspruch aus Moskau zufolge sind die dortigen Sowjetbehörden wegen Festgefahr nach Lwow übergesiedelt.

Erzberger gegen Helfferich.

Südekums Vernehmung.

Mein nach Eröffnung der Montag-Sitzung durch Landgerichts- direktor Baumhach wird der preussische Finanzminister Süde- kum vernommen. Er soll insbesondere über die Frage ausfragen, warum der von damaligen Staatssekretär Helfferich verleihte Ge- sehnentwurf über Ausfuhrzölle für die Industrie gescheitert ist. Der Zeuge bekundet:

Ministerialdirektor Dr. Müller ist feinerzeit an mich her- angetreten, um zu sondieren, ob meine Partei geneigt wäre,

Ausfuhrzölle für die Industrie

zu bewilligen. Ich habe damals erklärt, daß ich bei der Lage un- seres Landes die geforderte Einführung von Ausfuhrzöllen nicht für opportun hielt, habe mich aber bereit erklärt, auf meine Par- tei dahin einzuwirken, daß sie keinen Widerspruch dagegen erhebe, daß auf dem Veranlassungswege hohe Abgaben auf den Export der Industrie erhoben werden. — Vors.: Welche Stellung hat Erzberger in dieser Frage eingenommen? Er soll diesen Ge- sehnentwurf zu Fall gebracht haben, während er später, nachdem er nicht mehr Aufsichtsrat bei Thüssen war, für die Er- hebung von Zöllen eingetreten sein soll. — Zeuge: Ich habe in der Angelegenheit damals auch mit dem Abg. Erzberger ge- sprochen, der mit mir im Hauptausdruck ist. Nach meiner Erinnerung hat Erzberger sich meiner Argumentation damals nicht verschlossen. Ich glaube mich nicht zu täuschen, ja, ich bin dessen sogar sicher, daß Erzberger meinen Standpunkt, wie ich ihn dem Ministerialdirektor Müller gegenüber zum Ausdruck gebracht habe, durchaus geteilt hat. Herr Erzberger war ebenso wie ich der Meinung, man solle die ausführende Industrie nach Möglichkeit belasten, aber nicht auf geschicktem Wege. — Vors.: Herr Erz- berger hat sich also damals nicht grundsätzlich

gegen die Erhebung von Abgaben

auf die Ausfuhr ausgesprochen? — Zeuge: Nein. — Erz- berger: „Hatte Ministerialdirektor Müller nicht selbst Bedenken gegen die Art des Gesehnentwurfes dem Reagen gegenüber geäu- fert?“ — Staatsanwalt v. Clausen: „Daß Erzberger gegen die beabsichtigte Erhebung des Gesehnentwurfes, wie sie vom Staatssekretär Helfferich getrieben und betrieben wurde, nicht ge- sträubt?“ — Zeuge: Ich glaube nicht, denn das wäre ja auf- gefallen. — Helfferich: Ministerialdirektor Müller hat von mir den bestimmten Auftrag gehabt, den gedruckten Entwurf des Gesehes den Mitgliedern des Hauptauschusses vorzulegen. Ich Ihnen bekannt, Herr Zeuge, daß, als ich den Gesehnentwurf aus- gearbeitet hatte, bereits seit längerer Zeit Ausfuhrzölle be- trachtet?“ — Zeuge: Ja. — Helfferich: Hat Ihnen Mi- nisterialdirektor Müller nicht erklärt, daß ich deshalb eine geschickte Unterlage brauchte, um einen stärkeren Druck ausüben zu können, um den

Anteil des Reichs

an diesen Abgaben zu erhöhen? — Zeuge: Ich darf wohl an- nehmen, daß Ministerialdirektor Müller diese Argumentation gel- tend gemacht hat. — Helfferich: Hat Ministerialdirektor Müller Ihnen nicht auch gesagt, daß ich die von Ihnen geäußerten Beden- ken nicht ganz von der Hand weisen könne und hat er Ihnen nicht weiter gesagt, daß ich den größten Wert darauf lege, daß dieses Ge- sech ohne Einspruch einer Partei zustande komme? Die Beschleunigung in der Erledigung des Gesehes war deshalb not- wendig, weil der Reichstag bereits am 8. Juni — am 1. Juni habe ich bekanntlich mein Amt angetreten — in die Ferien gehen wollte und seine Sitzungen erst im September wieder auf- genommen gedachte. — Dr. Alsberg zum Zeugen: Würden Sie, nachdem Ihnen seitens eines Regierungsvertreter die Gründe für die Einbringung des Gesehnentwurfes dargelegt waren, später die Regierung angezeihen und ihr den Vorwurf machen, daß sie nicht getan habe, um Ausfuhrzölle zu erhöhen? — Zeuge Südekum: Ich bin doch kein Sünder.

Auch der Vorsitzende hält diese Fragestellung für zu weit- gehend. Dr. Alsberg erklärt: Auch diese Antwort des Zeugen genügt uns. — Erzberger: Hat der Angeklagte in dieser An- gelegenheit mit dem Zeugen Südekum selbst verhandelt und ist in den Besprechungen mit den Abgeordneten und auch mit dem Zeugen über

die Höhe der Zölle

gesprochen worden? — Zeuge: Meines Wissens hat Staatssekre- tär Helfferich mit mir darüber nicht gesprochen. In der Unter- redung mit Ministerialdirektor Müller ist die Höhe der Abgaben nicht erwähnt worden. Das ist erklärlich, weil ich ja grundsätzlich gegen den Gesehnentwurf Bedenken hatte. — Helfferich: Ich habe damals bekanntlich zwei Ressorts zu verwalten gehabt. Es kann daher eine Pflichtverletzung gegen mich nicht daraus hergeleitet werden, daß ich nicht selbst über den Gesehnentwurf mit den Abgeordneten gesprochen habe. — Rechtsanwalt Dr. Alsberg: Ich möchte im Hinblick auf die zwei Fragen, die der Herr Neben- kläger hier dem Zeugen gestellt hat, meinerseits zwei Fragen an den Zeugen Erzberger stellen. (Zu Erzberger gewandt): Erzberger, wenn Sie die Angelegenheit also so darstellten wollen, als ob Erz- bergers Helfferich den Gesehnentwurf ausdrücklich als nicht so wichtig behandelt habe, dann möchte ich Sie fragen, ob Sie bei allen solchen Angelegenheiten persönlich mit den Herren Südekum nehmen oder ob Ihre Vertreter, Ihre Vortragenden Räte mit den Herren sprechen? — Erzberger: Soll ich das in meiner Eigenschaft als Reichsfinanzminister sagen? — Vors.: Als Zeuge. — Geh. Justizrat v. Gordon: Wir halten die Frage für uner- bedlich. — Dr. Alsberg: Herr Geheimrat, Sie sind Vertreter des Nebenklägers, aber nicht Vertreter des Zeugen Erzberger. — Vors.: Vielleicht legt der Herr Reichsfinanzminister den Streit bei, indem er die Frage beantwortet. — Erzberger: Bei Fra- gen von großer politischer Bedeutung, z. B. bei der Einbringung eines Gesehes, nehme ich selbst Südekum. Bei anderen Fragen lasse ich dies durch meine Vortragenden Räte besorgen. — Rechts- anwalt Alsberg: Glauben Sie also, daß damit

eine große Interesslosigkeit

betroffen worden ist, wenn Erzberger Helfferich nicht persönlich mit den Herren verhandelt hat? — Erzberger: Nein, durchaus nicht. — Alsberg (unterbrechend): Das genügt mir. — Erz- berger: Es kommt natürlich auf die Wichtigkeit des Falles an. — Rechtsanwalt Alsberg: Ich möchte hier nur der Ansicht des Herrn Nebenklägers entgegenstellen, daß Erzberger Helfferich eine Interesslosigkeit gegenüber diesem Gesehnentwurf bewiesen habe.

Helfferich (zu Finanzminister Südekum gewandt): Hat der Zeuge bei der Unterredung mit Herrn Erzberger den Eindruck gehabt, daß dieser ein besonderes Interesse an Ausfuhrzöllen habe? — Zeuge Südekum: Das ist mir jetzt nicht mehr so er- innerlich. Auf Befragen des Vorsitzenden erklärt der Zeuge weiter, daß Erzberger kein besonderes Interesse an den Ausfuhrzöllen gezeigt habe, daß aber sowohl er wie der Zeuge selbst sich immer be- müht haben, dem Reich Einflüsse zu verschaffen. Auf Befragen des Oberstaatsanwalts Krause sagt Finanzminister Südekum aus, daß ihm nicht der Gedanke gekommen wäre, daß Erz- berger mit Rücksicht auf seine Stellung in der Industrie für diese Ausfuhrzölle nicht zu haben gewesen sei. Helfferich und Erzberger versuchen nun, weitere Ausführungen zur Ausfuhr des Zeugen zu machen, werden aber vom Vorsitzenden dabei unterbrochen, der nur direkte Fragen an den Zeugen dulden will. Erzberger: Ich werde hier doch aber fortgesetzt angegriffen. Vors.: Das sind keine persönlichen Angriffe. Und die Angriffe, die sich auf die Tätig- keit der Herren beziehen, gehen uns hier nichts an. Auf Befragen des Geheimrats v. Gordon erklärt der Zeuge, daß er bei der

hätte. Wozu soll er sich auch den getraubenden Unbequemlich- keiten einer ihm lästigen Kultur untergeben? Auch mit ungeputten Nähen, schmügeligen Ärgeln und ungewaschenem Körper machen die Deutschen nur allzu gern Geschäfte mit ihm. Sie hängen sich auch nicht daran, daß er mit den Fingern beider Hände in den Nähen herumfuchelt, wenn er mit ihnen spricht, daß er laut gähnt und auch sonst seinen Gefühlen und Lebensäußerungen keinerlei Zwang auferlegt. Sie rücken sogar löstlich vor Seite, wenn er die Höhe auf ihren Stuhl legt und sich mit Paisja-Wäuren auf das Sofa schiebt.

Und wenn die Geschäfte beendet sind und die deutsche Ware nach Uebersee schwimmt, um dort dem Reichthum ihres Besitzers neue Millionen hinzuzufügen, finden sich die treuen Geschäftsfreunde vollständig auf dem Kahn ein, um dem Abreisenden noch einmal gefährt die beunglückte Hand zu drücken. Sie hören andächtig zu und nicken beifällig mit den Köpfen, wenn er ihnen, während der Zug sich langsam in Bewegung legt, zum letzten Male mit großer Weisheit erklärt, daß Deutschlands einzige Rettung im — Export läge.

Wölfe in Liebersachsen. Aus Stapel bei Neuhaus an der Elbe wird der Zeitschrift „Ruberjaden“ berichtet, daß ein Jagdbesitzer einen ausgewachsenen starken Wolf erlegte, der von der Schnauze bis zur Rute 122 Zentner maß. Vor einiger Zeit hatte ein Ge- sehnentwurf in der Gegend einen Wolf angetroffen und durch eine Schrotladung verwundet; da das jetzt erlegte Tier kein einziges Schrotkorn anwies, handelt es sich also um zwei verschiedene Wölfe. Man vermutet, daß die Tiere durch den Kriegslärm aus den pol- nischen Wäldern verschreckt und bis an die Elbe gelüchtet sind.

Luftverkehr über den Stillen Ozean. Die Herberauerung des Stillen Ozeans im Flugzeug ist, nachdem der Flug über den Atlan- tischen Ozean gescheitert ist, für die amerikanischen Flieger die nächste Aufgabe, mit deren Möglichkeit sie sich beschäftigen. Es ist auch bereits eine Prämie von 50000 Dollar für den ersten Flieger aus- gesetzt, dem das Wagnis gelingt, und zwar soll die Hälfte von Kalifornien über eine der großen japanischen Inseln, die Haupt- gruppe der Philippinen oder das asiatische Festland gehen. Dabei hebt Hansen in der „Amidau“ hervor, daß der Stillen Ozean nach der Ansicht der Amerikaner für den Luftverkehr besonders geeignet ist.

Das Recht auf Ausfuhr. Der deutsche Bühnenverein hat mit den Autoren und Verlegern ausgemacht, daß an jeder Bühne in jeder Episode eine Uebersetzung stattfinden soll. Diese Umstände aber dem jungen Dänen ein gewisses Anrecht auf Ausfuhrung. Ein Drama, z. B. „Der Betrug“, (Viel. Klar, Julius Sob, Adolf Fremberg) prüft die Bühne. Alle Einforderungen von Zinsen, welche zu Uebersetzung an einer deutschen Bühne in Verfallung gebracht werden, sind an die Ge- schäftsstelle des Deutschen Bühnenvereins, Berlin NW 7, Dorotheenstr. 11, zu richten.

Vortrag. Mittwoch, 8 Uhr, Georgenstr. 24/26, behandelt Prof. Dr. Schaubardt das Thema: „Die in Europa indogermanisch gewordenen Nationen am Vortageabend und in der Geschäftsstelle.“

Hudlung, die verschiedene Abgeordnete damals beim Kaiser hatten, mit diesem nicht über

die Friedensresolution

gesprochen habe, also auch nicht wissen könne, ob der Kaiser darüber falsch informiert gewesen sei. Dagegen hätte sich der Kaiser nach seiner, des Heugens, Ansicht, über die Grundfragen unserer Organisation vollkommen im Recht befunden. Der Entlassung des Finanzministers Südekum widerspricht Rechtsanwalt Dr. Friedländer mit dem Hinweis darauf, daß seine Auslagen sich nicht mit denen des Anwalts decken.

Als nächster Zeuge wird Unterstaatssekretär Müller aufgerufen, der damals im Auftrag von Helfferich mit den Parteien betriebs der Einbringung der Vorlage Rührung zu nehmen hatte. Der Zeuge schildert nach seiner Erinnerung, wie er von Helfferich den Auftrag bekommen und ihn ausgeführt habe. Seines Wissens habe er zweimal mit dem Abgeordneten Erzberger gesprochen. Das erste Mal habe er nur sondiert und beim zweiten Mal habe ihm dann Erzberger, anscheinend nach vorhergegangener Information,

eine ablehnende Antwort

erteilt. Vorf.: Was für Gründe gab Ihnen der Abgeordnete Erzberger damals für seine Ablehnung an? — Zeuge: Er sagte, er nehme nicht an, daß der Reichstag die Vorlage ohne Debatte genehmigen würde. — Vorf.: Sagte er auch, daß er gegen die Ausführungsarbeiten sei? — Zeuge: Wir haben uns nur speziell über den Entwurf unterhalten.

Helfferich: Hat Herr Erzberger dabei ein erhebliches Interesse gezeigt, daß das Reich die Ausführungsarbeiten mögliche? — Zeuge: Ich kann mich nicht entsinnen. — Helfferich: Hat Herr Südekum dabei Gegenvorschläge gemacht? — Zeuge: Ich glaube ja, ich habe mit Herrn Südekum darüber gesprochen. — Vorf.: War Erzberger derselben Meinung? — Zeuge: Das kann ich nicht mehr sagen. — Helfferich: Ist dem Zeugen bekannt, daß die Firma Thüßens in der Frage der Ausführungsarbeiten immer sehr ablehnend verhalten hat, daß ich, als der Zeuge mir damals die ablehnende Antwort überbrachte, gesagt habe: Thüßens! — Zeuge: Ich kann mich nicht entsinnen. — Erzberger: Hat der Zeuge mir den Entwurf gegeben? — Zeuge: Nein, ich habe ihn in der Hand gehabt; es handelte sich ja um eine vertrauliche Bundesratsfrage.

Erzberger: Hat nicht außer dem Auswärtigen Amt auch das Reichsamt des Innern selbst gewisse Bedenken gehabt? — Zeuge: Das mag sein. Ich hielt mich jedenfalls für verpflichtet, den Abgeordneten das mitzuteilen. — Erzberger: Ich erinnere mich jetzt ganz genau, daß der Zeuge mich auf diese Bedenken aufmerksam gemacht hat. Dort der Zeuge nach meiner Ablehnung noch mit anderen Mitgliedern der Zentrumspartei darüber gesprochen? — Zeuge: Nein. — Erzberger: Weiß der Zeuge, daß ich ihn noch selbst auf einen anderen Weg hingewiesen habe? — Zeuge: Ich kann mich nicht entsinnen, ob ich mit Ihnen darüber gesprochen habe. — Rechtsanwalt Alsbereg: Hat Herr Erzberger Ihnen Gegenvorschläge gemacht, die Sie Erzellenz Helfferich vorgebracht haben? — Zeuge: Ich erinnere mich an Gegenvorschläge des Herrn Erzberger nicht. Wohl aber habe ich mit anderen Abgeordneten über Gegenvorschläge gesprochen. — Helfferich: Die haben Sie den

Vorhof Erzbergers

zu Beginn des Jahres 1918 ausgesagt, der dahin ging, daß der Regierung Pflichtverstoß vorgeworfen und der Industrie der Vorwurf gemacht wurde, daß sie

viele Millionen in ihre eigene Tasche

gesteckt habe. Haben Sie Grund gehabt, anzunehmen, daß dieser Vorhof berechtigt war? Zeuge Müller: Ich habe den Vorhof Erzbergers nicht verstanden. Ich begriff nicht, wie ein Mitglied des Reichstages, das vorher den Gesetzentwurf nicht für unzulässig hielt, später dann der Regierung den Vorwurf machen konnte, daß sie nichts getan habe. Vorf.: Haben Sie angenommen, daß Erzbergers angebliche Aenderung seiner Haltung durch persönliche Gründe verursacht war? Zeuge: Ich habe mich damals um etwaige persönliche Gründe nicht gekümmert, und ich habe auch keinen Anlaß, persönliche Gründe für die Aenderung in der Haltung Erzbergers anzunehmen. Vorf.: Der Abgeordnete Südekum war doch zunächst derselben Meinung wie Erzberger. Zeuge: Die Haltung des damaligen Abgeordneten Südekum habe ich für verständlich gehalten. Südekum hat die Regierung auch nicht angegriffen. Vorf.: Erzberger war doch nur gegen den Entwurf der Regierung, aber doch, wie andere Abgeordnete, auch der Meinung, daß man einen anderen Weg suchen konnte, um möglichst hohe Ausführungsarbeiten zu erreichen, und sein Vorhof konnte doch so gemeint sein, daß er der Regierung den Vorwurf machte, daß sie nicht andere Schritte unternommen hat. Zeuge: Als wir saßen, daß der Gesetzentwurf nicht durchzubringen war, hat die Regierung sofort andere Schritte unternommen. Sie hat und zugleich mit der Industrie wegen der

Einflöhrung und Erhöhung von Ausführungsarbeiten

behandelt. Erzberger: Ist dem Zeugen bekannt, daß die Regierung seinerzeit den Abgeordneten Material über den Unterschied zwischen den Inlands- und Auslandspreisen vorgelegt hat? Zeuge: Ich glaube, das ist geschehen. Erzberger: Ist es Ihnen bekannt, daß es in der Untersuchungskommission gesagt worden ist, sie sei zwar grundsätzlich auf dem richtigen Wege, sie frage aber nicht den Moment des Preisunterschiedes zwischen Inland und Ausland gebührende Rechnung. Zeuge Müller: Ich nehme wohl an, daß das geschehen ist, kann aber nichts genaues darüber sagen. Erzberger: Sind nicht nach meinem vorgenannten Vorhof auf Grund der Verhandlungen die Ausgaben später erhöht worden? Müller: Das nehme ich wohl an, wir haben die Ausgaben immer erhöht, sobald dies durch die Auslandspreise geboten war.

Es wird sodann als nächster Zeuge Ministerialdirektor Dr. Reuhaus vom Handelsministerium vernommen, der zu den fröhliden Zeit im Reichsamt des Innern unter Staatssekretär Helfferich tätig gewesen ist. Der Zeuge äußert sich ausführlich, besonders über die verschiedenen

Thüßenschen Eingaben,

die er bearbeitet hat. Er sagt aus: Der erste Antrag Thüßens datiert vom 21. August 1914. In der Eingabe wird auf die Schwierigkeiten der Ausbreitung der französischen Gruben Thüßens und auf die Notwendigkeit hingewiesen, die Gruben des Krieges-Gesetzes für uns auszunutzen. Es heißt in der Eingabe, es wäre von außerordentlicher volkswirtschaftlicher Bedeutung, wenn die deutsche Industrie sich dauernd in dem Krieges-Gesetz festsetzen könnte. beantragt wird in der Eingabe die Uebertragung der Ausbreitung zweier Gruben durch Thüßens. Diese Eingabe ist am 12. September 1914 in einer Besprechung mit den Vertretern der deutschen Eisenindustrie erörtert worden, wobei alle übrigen Werke gegen den Vorhof Thüßens waren.

Die zweite Eingabe Thüßens wurde am 24. Oktober 1914 an den Herrn Reichsminister überreicht. In ihr wird mitgeteilt, daß nach einer Neuterklärung Gruben Thüßens in Frankreich beschlagnahmt worden seien, und es wird dringend gebeten,

im Wege der Vergeltung

entsprechende Gruben des Industriegebietes von Frankreich zugunsten Thüßens zu beschlagnahmen und Thüßens in den Besitz der Gruben abzugeben. Ferner forderte Thüßens eine Anweisung an den Gouverneur in Reims, ihm die Anbetriebsnahme dieser Gruben zu gestatten. Im Anschluß an diese Eingabe fand eine Besprechung im Reichsamt des Innern statt, an der auch Herr Thüßens teilgenommen hat.

(Fortsetzung in der Morgenausgabe.)

Zwangsanleihe oder Noten-druckerei?

Die Banken, Sparkassen und Börsen schwimmen im Geld, die Samstager auf dem Lande wie in der Stadt füllen damit die Wäschkörbe, aber das Reich muß mangels Geld Noten drucken. Das ist doch ein ganz verrückter Zustand!

Gewiß werden die neuen Reichssteuern mit diesem Ueberfluß gehörig aufräumen, aber bis sie wirksam werden, wird noch lange Zeit vergehen! Darum sollte baldigst auf anderem Wege zugegriffen werden. In dieser Frage äußert sich auch die „Vox“ in einem Sinne, der mit unserer Stellung übereinstimmt:

Nach dem unglücklichen Experiment der Spar-Prämienanleihe ist einzuwenden die Aufnahme einer freiwilligen Anleihe zur Unmöglichkeit geworden. Damit taucht die Frage auf, ob nicht schließlich doch noch an die Aufnahme einer Zwangsanleihe herangegangen werden möchte. Der richtige Zeitpunkt für diese dürfte freilich schon verstrichen sein; am besten wäre sie in Kombination mit dem Reichsnotopfer zu erheben gewesen. Immerhin ist sie auch heute noch möglich, und nicht zum wenigsten die Ausbreitungen, die gegenwärtig auf unserem Aktienmarkt zu beobachten sind, weisen dazu, das anscheinend im Ueberfluß vorhandene Kapital zum Nutzen unserer Reichsfinanzen und unserer Volanta heranzuziehen. Die Aufnahme einer solchen Zwangsanleihe wäre ungefähre so zu denken, daß man jedem Kapitalisten von einer bestimmten Vermögensstufe an außerdem die Verpflichtung auferlegt, ein Drittel oder ein Viertel seines Vermögens in Zwangsanleihe anzulegen, von welchem Betrage aber das, was er an Kriegsanleihe besitzt, abzugerechnet wäre. Es läme dabei sicherlich eine ganz beträchtliche Anzahl von Milliarden heraus, ohne daß man das in Unternehmen arbeitende Kapital bedenklich zu schmälern brauchte.

Nach etwas anderem müßte ins Auge gefaßt werden, die „Einbindung“ der im Auslande umlaufenden Beträge von Reichnoten nämlich. Es handelt sich da um ungefähr 18 Milliarden Mark. Von diesen sind bereits 8 Milliarden durch das bekannte Abkommen mit Belgien festgelegt; in der Schweiz strebt die „Verwertungsstelle für ausländische Währung“ Ähnliches an, und man will wissen, daß es ihr bereits gelungen sei, 2 Milliarden Mark zu binden. Es kann nicht schwer sein, in Anlehnung an diese Vorgänge das gleiche in den anderen neutralen Ländern durchzusetzen. Ein solches derartiges muß sogar geschehen, weil ohne eine allgemeine internationale Regelung die ohne weiteres verständliche Gefahr besteht, daß die Reichnoten von dem einen neutralen Lande, wo sie besonders gedrückt sind, nach dem anderen, wo man sich ihre Stützung annimmt fliehen werden. Dadurch würde eine Ordnung zur Unmöglichkeit.

Die Notendruckmaschinen müssen baldigst, ja sofort abgestellt werden, denn die durch sie ständig vergrößerte künstliche Kaufkraft schafft die Voraussetzung für die ständig weiter steigenden Preise und das fortgesetzte Sinken unseres Marktkurses im Ausland. Heraus mit den privaten Milliardengehäusen für das Reich, dann wird den wüsten Spekulationsstrieben an den Börsen halt geboten sein. Das Volk hat das gute Recht, von der Regierung zu fordern, daß in der Richtung der Gesundung unserer Wirtschaft endlich Positives geschieht, sonst muß es den Glauben an einen Wiederaufbau vollends verlieren. Es ist unerträglich, auf der einen Seite bitterste Not, auf der anderen Seite weite Kreise in abstoßendem Luxus und Vergeudung leben zu sehen. Einstellung der Notepresse, dafür Zwangsanleihe, viel stärker sofortige Erfassung aller Kapitalrenten, Buchführungskontrolle über alle Luxuskäufe zur Ermittlung der Käufer seitens der Verkäufer, vereinfachte und verbilligte Verwaltung in Staat und Kommune, dann wird sich auch eine gesteigerte Arbeitsleistung und Produktivität ergeben.

Daß die Fortsetzung der privatkapitalistischen und freien Wirtschaft uns nur noch zu einem völligen Zusammenbruch führen kann, das sieht doch wohl jedes Kind bereits. Es muß unsere Aufgabe sein, das privatwirtschaftliche in volkswirtschaftliches Kapital umzuwandeln, mögen sich die Kapitalisten zur eigenen Täuschung auch noch so sehr in die eigene Tasche lügen.

Das Gewitterbrüllen ist deutlich hörbar, mögen die Verantwortlichen handeln, ehe es zu spät ist!

Groß-Berlin

Jugendbewegung und Reichsausschuß.

Reichsausschuß und Vorstand des Verbandes der Arbeiterjugendvereine Deutschlands hatten sich am Sonntag zu einer ersten gemeinsamen Sitzung zusammengefunden.

Die erste Arbeit des Hauptvorstandes, so führte Genosse K. Dreht in seinem Referat aus, habe darin bestanden, die Beschäftigten der Reichsjugendkonferenz und die des Parteitagess zur Durchführung zu bringen. Er schildert ausführlich, welches Material im Laufe der Zeit herausgegeben wurde. Auch das Flugblattmaterial ist ergänzt und erneuert. Das Rundschreiben ist ausgebaut worden und soll zu einem Organ für die Jugendleiter werden. Der Redner schloß dann ausführlich den Stand des Verbandes in den einzelnen Bezirken. Der Bezirk Westpreußen (Danzig) ist aufgeteilt. In der Diskussion herrschte Einnütigkeit darüber, daß die Ortsvereine sich den bestehenden staatlichen Jugendpflegeeinrichtungen anschließen und dort entscheidend mitarbeiten müssen. Die Arbeit des Hauptvorstandes wurde allgemein anerkannt. Es wurde gewünscht, daß der Zentralbildungsausschuß und der Parteivorstand baldigst an die Schaffung eines Organs für die 18-20jährigen Geopolen gehe. Eine Reichsjugendkonferenz soll im Laufe des Sommers stattfinden. — Gen. K. äußerte sich über die Frühjahrsagitiation. Es muß jetzt wieder an die planmäßige Agitationsarbeit gegangen werden. Er empfiehlt Veranstaltung von Frühjahrs- und Schulentlassungsfeiern. Auch die Partei muß mehr mitarbeiten bei der Agitation.

Ein Antrag, eine allgemeine Werbewoche für Deutschland stattfinden zu lassen, wurde dem Hauptvorstand überwiegen. Zwei Anträge, die baldige Fertigstellung des Jugendführerheftes bei der Regierung zu veranlassen, wurde dem Hauptvorstand überwiesen, der dem Wunsch dieser Anträge nachkommen soll. Angenommen wurde auch ein Antrag, der das Reichsarbeitsministerium ersucht, den Erlaß des Demobilisationskommissars über Nacharbeiten der Fortbildungsjugend aufzuheben.

Keine Milch für Kinder über 6 Jahren.

Das Nachrichtenamt des Berliner Magistrats teilt mit: Seit dem 25. Januar wird die Lieferung sämtlicher Ragermilchsorten der über 6 Jahre alten Kinder eingestellt, da nicht genügend Ragermilch bis auf weiteres zur Verfügung steht.

Von morgen, den 27. Januar ab trifft das auch weiterhin für die A und B Karten der Klasse 8 in Kraft, d. h. A 1 Karte 1 Liter, A 2 Karte 1 Liter, B 1 Karte 1/2 Liter, B 2 Karte 1/2 Liter; die übrige Belieferung wie bisher.

Wobei darauf hinzuweisen wäre, daß im Westen Berlins Milch gegen entsprechend hohe Preise freihändig verkauft wird.

Die Zahl der Bezirksverordneten in der Einheits-gemeinde.

Der Groß-Berliner Ausschuß der Landesversammlung hat sich in seiner letzten Sitzung mit den Paragraphen des Gesetzesentwurfes beschäftigt, die von der Zusammenziehung, den Sitzungen und der Geschäftsordnung der Bezirksversammlungen handeln. Nachdem durch Wegfall der Ueberbestimmung zwischen Wahl- und Verwaltungsbezirken die Möglichkeit gegeben war, die Zahl der Bezirksverordneten unabhängig von der der Stadtverordneten zu bemessen, beschloß der Ausschuß, die Anzahl der Bezirksverordneten zugunsten der kleineren Verwaltungskreise nach der Einwohnerzahl zu lassen, und zwar derart, daß in Bezirken bis zu 50000 Einwohnern 15 Bezirksverordnete, bis zu 100000 Einwohnern 20, bis zu 200000 Einwohnern 40 und über 200000 Einwohner 45 Bezirksverordnete zu wählen sind. Die Zahl der Stadtverordneten dagegen soll sich nach der Zahl der abgegebenen Stimmen richten. Soweit sich Wahl- und Verwaltungsbezirk decken, ergibt sich ihre Zahl ohne weiteres.

Die Berliner Kinder wohlbehalten in Davos.

Zur Beruhigung vieler Leser, die in dieser Angelegenheit Anfragen an uns richteten, können wir die folgende Nachricht wiedergeben:

Die Landesversicherungsanstalt Berlin bittet folgendes Schreiben zu veröffentlichen, das ihr von der Leiterin des Kinderheims der Deutschen Gesellschaft in Davos in der Schweiz zugegangen ist: „In letzter Zeit sind häufiger Anfragen auf telegraphischem und brieflichem Wege hier angelangt, warum die Kinder seit Mitte Dezember an die Eltern ausbleiben. Offenbar haben sie von dem Niedergang der Lawinen in Davos gelesen und sind um das Wohl ihrer Kinder ernstlich besorgt. Die Kinder schreiben regelmäßig ihre Woche. Offenbar muß irgendwo eine Störung im Postverkehr gewesen sein, daß die Korrespondenz ihr Ziel nicht erreicht hat. Da es mir nun nicht möglich ist, an alle Eltern zu schreiben, erlaube ich Sie höflichst, es öffentlich bekanntzumachen, daß die Kinder im Kinderheim in Gorkaulen ganz und gar von der Lawinengefahr verschont geblieben und alle recht munter und fröhlich sind.“

Wer denkt an die Lehrlinge?

Ueber Zunahme der Ausbeutung von Lehrlingen wird geklagt. Die Bezahlungsausbeutung war ja schon immer ein böses Kapitel, heute aber dürfte der Abstand zwischen dem Wert der Leistung eines Lehrlings und der ihm gezahlten Vergütung größer als je sein.

Ein Vater berichtet uns, wie es ihm nun seinem Sohn, einem Tapezierlehrling, ergangen ist. Als er ihn vor drei Jahren zu einer großen Möbelfirma Berlin in die Lehre gab, vereinbarte er eine Vergütung von 7,50 Mk. pro Woche. Später gelang es ihm, unter Hinweis auf die steigende Feuerung eine Zulage zu erreichen. Aber auch jetzt beträgt die Vergütung erst 10 Mk. pro Woche. Was kann man denn für diesen Betrag kaufen — für 10 Mark pro Woche oder 488 Mark pro Jahr! Davon sollen die Kosten der Nahrung und der Kleidung gedeckt werden, die gerade in den Lehrlingen sehr beträchtlich sind. Den Eltern ist das bei den heutigen Feuerungspreisen nur möglich, wenn sie selber darben. Will einer bekannnt, daß der schon ganz selbständig arbeitende Lehrling dem Arbeitgeber nicht mehr als die 10 Mk. wert sei? Man geht nun in ein Möbelgeschäft und erkundigt sich, was jetzt Holzfirmerinnen kosten! Soll an der gewöhnlichen Preissteigerung nur die Erhöhung der Materialpreise und der Arbeitslöhne beteiligt sein oder nicht auch eine Erhöhung des Unternehmerprofits? Wenn der Lehrling im dritten Jahre schon die Arbeit eines Gesellen macht, wird durch ihn auch ein Gesellenlohn erspart, mit dessen Höhe der Unternehmer seine hohen Warenpreise begründet. Der Lehrling hat noch ein vierdes Jahr zu „lernen“ und wird dabei vielleicht schon vollständig einen jungen Gesellen ersetzen. Der Vater aber muß um jede weitere Zulage für den Sohn erst einen Dittbrief an den Unternehmer richten.

Es wird Zeit, daß man mehr als bisher auch an die Notlage der Lehrlinge und ihrer Eltern denkt. Andersfalls soll man sich nicht wundern, wenn die Reizung, einen Jungen ein Handwerk lernen zu lassen, noch weiter schwindet.

Angestellte von Kriegsgesellschaften ausgeschlossen.

Zu der Zuschrift, die wir kürzlich unter dieser Ueberschrift veröffentlichten, schreibt uns der Angestelltenausschuß einer Kriegsgesellschaft:

Aus der Notiz wird ersichtlich, was Eingeweihten schon längst bekannt war, daß in Handels- und Industriezweigen die Absicht besteht, ehemalige Angestellte von Kriegsgesellschaften nicht einzustellen. Diese Auffassung muß entschieden verurteilt werden. Wenn auch zugegeben werden muß, daß sich bei Kriegsgesellschaften während der Kriegszeit die Disziplin merklich gelockert hatte, so darf doch nicht gelugnet werden, daß das gleiche Symptom auch bei allen Privatfirmen und Gesellschaften zutage trat, die bringend Personal benötigten und deshalb vieles durchsehen ließen, was sie in normalen Zeiten nicht gehalten haben würden. Nur bei solchen Firmen, die ihre Angestellten infolge Betriebsstilllegung oder einschneidender Umstände nicht mehr nötig hatten, können aber ihrer Passivität wegen und vielleicht auch aus humanen Gründen über die Kriegsjahre hinweggesehen werden, was es möglich, die alte Disziplin aufrechtzuerhalten. Nachdem die Kriegsjahre vorübergegangen und viele Anwerbeplätze aus dem Felde heimgeführt sind, die bei den Kriegsgesellschaften angestellt wurden, beginnt dort ein neuer frischer Wind zu wehen. Die Angestelltenvertreter selbst sehen es ein, daß Ordnung und Disziplin, Fleiß und Loyalität wieder gefördert werden müssen, und erweisen selbst die Initiative hierzu.

Es liegt deshalb kein Grund vor, ehemalige Angestellte von Kriegsgesellschaften als minderwertig anzusehen und von der Einstellung auszuschließen. Soweit es tatsächlich noch Angestellte geben sollte, die sich nicht der neuen Ordnung fügen, werden sich diese bald dazu bequemen müssen, umzulernen, da sie sonst bei ihren Angestelltenverrichtungen keine Unterstützung finden werden.

Groß-Berliner Parteinahrichten.

Mineral-Edelweiss. S. V. D. Dienstag, den 27. 7/1, Uhr, bei

Waldschloß. Die Generalsammlung des Wahlvereins findet nicht Mittwoch, sondern Freitag, den 30. 7/1, Uhr, im Wilhelmhof statt.

Wahlmann. Frauenabend Mittwoch 8 Uhr bei Oeder in der Lindenstraße 20. Auf der Tagesordnung steht u. a. Vortrag einer Berliner Genossin. Auch nichtorganisierte Frauen der Parteigenossen und Gäste sind eingeladen.

Bildungsveranstaltungen.

Städt. Der Bildungsausschuß hat zu Sonntag, den 8. Februar, 8 Uhr nachm., 200 Plätze des Theaters „Die Tribüne“, Charlottenburg, Berlin-Str. am Rind, bei Ernst Toller, „Die Wandlung“ best. 8 Mark. Besetzungen an den Obmann des Bildungsausschusses Genossin H. Stahl, Ringstr. 7. Donnerstag, den 11. bis 17. und Sonnabend, den 17. bis 18. Uhr können die besten Eintrittskarten bei Gemenz, Doppeltstraße, in Empfang genommen werden.

Gewerkschaftsbewegung

Die christlichen Bergarbeiter zur Sechsstundenschicht.

In Gelsenkirchen-Schale tagte am Sonntag eine von mehr als 700 Vertrauensleuten besuchte Konferenz des Gewerkschafts Christlicher Bergarbeiter Deutschlands. Dem Vorsitzenden Handelsminister war erschienen der Vertrat Bouglung, früherer erster Vorsitzender des Gewerkschafts. Er eröffnete die Debatte mit der Erklärung des Handelsministeriums, die Regierung lege dem Ergebnis der Verhandlungen in Sechsstunden und Gelsenkirchen mit dem denkbaren größten Interesse entgegen. Der Reichsarbeitsminister hatte zu dieser Tagung als seinen Vertreter Regierungsrat Dr. Bodenhein entsandt. Dr. Bodenhein schilderte die wirtschaftliche Lage Deutschlands. Er erklärte, nachdem der Reichsregierung eine weitere Verringerung der Schichtzeit als jetzt unmöglich. Nach längerer Diskussion nahm die Versammlung eine Resolution an, daß an der grundsätzlichen Forderung der Sechsstundenschicht festgehalten werde, bis zur internationalen Regelung jedoch der Gewerkschaften Christlicher Bergarbeiter in seiner Gesamtheit die Sechsstundenschicht weiter beschaffen wird. Der Gewerkschaftsbereich erklärte sich gegen einen Streit und beschloß, nach dem 1. Februar weiter zu arbeiten.

Die Rechtsanwaltsangelegenheiten.

Vom Berliner Anwaltsverein geht eine längere Entgegnung auf den unter obiger Überschrift in Nr. 40 des „Vorwärts“ vom 22. Januar veröffentlichten Artikel zu. Darin wird betont, daß es unrichtig sei, daß die von den Anwaltsvereinen geforderten Gehaltssteigerungen und Wirtschaftshilfen von den Anwaltsvereinen als „durchaus bescheiden“ anerkannt worden sind. Die Höhe wäre vielmehr durchweg so hoch, daß sie zu einer untragbaren Belastung der Berliner Anwaltschaft führen müßten. Der beste Beweis für das Entgegenkommen der Anwälte ist, daß trotzdem die Tarifkommission der Berliner Anwaltsvereine die geforderten Gehaltssteigerungen fast in voller Höhe zu bewilligen geneigt war und ist; bezüglich der verlangten Wirtschaftshilfen bescheiden allerdings erhebliche Differenzen, dies vor allem mit Rücksicht darauf, daß die notleidende Berliner Anwaltschaft schon durch die im ersten Tarifvertrag vom 12. Juni 1919 vorgesehene Wirtschaftshilfe mit einem Gesamtaufwand von etwa 2 Millionen Mark belastet worden ist. Die schon zurzeit ihrer Einführung vielfach als unangemessen mehrfach bezeichneten Gehaltssteigerungen von 1919 hätten sich trotz der im Laufe der vergangenen Jahre um drei Prozent angesetzten der unerhöht gebliebenen Durchschnittsgehälter und den ebenso gewachsenen Kosten für den eigenen wirtschaftlichen Zusammenbruch vieler Anwälte geführt. Die vereinbarten höheren Honorare in Strafsachen kämen nur einer gar nicht ins Gewicht fallenden geringen Mindereinnahme der Anwälte zugute; das gleiche gilt für die

Honorare in Eheverhandlungen. Für die übrigen die Honorarvereinbarung durchaus nicht die Regel bilde. Unrichtig sei, daß die Gehälter der Anwälte durch die neue Gebührenordnung „abermals nicht unbeträchtlich erhöht worden sind“, und daß die wirkliche Gebührenordnung bei allen Objekten über 4800 Mk. 100 Proz. beträgt.

Dabei werde folgendes übersehen: Die neue Gebührenordnung geht von den Sätzen der alten Gebührenordnung von 1879 aus; diese ist durch die Preissteigerung (Rufsalon 30 Proz.) und durch das — profittlos allgemein durchgeführte — Substrat der vereinbarten Sätze (30—100 Proz.) längst überholt. Legt man den für Groß-Verfahren geltenden Aufschlag von 50 Proz. zugrunde, so ergibt sich bei der neuen Gebührenordnung das Resultat, daß der Anwalt gegenüber dem bis 31. Dezember 1919 maßgebenden Zustand a) bei Objekten bis 2400 Mk. (Schlichter, b) bei Objekten über 2400 Mk. um 1/2 besser gestellt ist. Ebenso unrichtig ist, daß die sogenannten „kleinen Sätze“ nur noch in geringem Maße aufsteigen; jedenfalls nicht aber nach der Struktur der Gebührenordnung die Gehaltssteigerungen mit der Wertsteigerung der Objekte durchaus nicht Schritt gehalten. Die Behauptung, die Lebenshaltung der Anwälte, beweise, daß sie sich durchaus nicht schlecht fühlten, jedenfalls schritten sie zu den Streitigkeiten, die nicht nur in ihrer unbewiesenen Allgemeinheit an sich inakzeptabel. Der Einzelne wisse, welches Stand in den Kreisen der Berliner Anwaltschaft herrscht.

Die Aufschrift erhebt zugleich heftige Vorwürfe gegen den „Vorwärts“, daß derselbe mitten in den Tarifverhandlungen den Artikel veröffentlicht habe.

Wir möchten hierzu bemerken, daß diese Veröffentlichung durchaus kein Verstoß ist; wir haben in zahlreichen anderen Fällen von dem Recht, unabhängige Auffassungen von Unternehmern gegen Arbeiterforderungen auch während der Verhandlung zu veröffentlichen, Gebrauch gemacht.

Nachdem der Anwaltsverein auf die Not zahlreicher Anwälte hinweisen zu sollen glaubt und damit ein Recht herleitet, die Forderungen der Angehörigen auf so hoch abzurufen, so erlauben wir uns anderer Meinung zu sein. Die Angehörigen werden von der ungeheuren Leistung so hart betroffen, daß es ihnen eben nicht mehr möglich ist, mit den allgemein als bescheiden bekannten Gehältern das nackte Leben zu fristen. Forderungen aber, die der Aufrechterhaltung des Lebens dienen, haben ein Recht auf Erfüllung, auch wenn — wie das dem Anwaltsverein betont wird — die meisten Voraussetzungen hierfür nicht gegeben sind. Der nur noch Angehörige Lebstätigen kann unter Bedingungen, die nicht mehr die Wohlhablichkeit des Lebens gewährleisten, das das moralische Recht veranlaßt, sich überhaupt Angehörige zu halten.

Gegen die behauptete Tätigkeit der Arbeiteraufkäufer. Die bei der Firma Theodor Hilberbrandt u. Co. beschäftigten Anhänger der S. P. D. lesen Wert auf die Resolution, daß die vom „Vorwärts“ mitgeteilte Resolution in einer Versammlung der in der S. P. D. organisierten Kollegen und nicht in einer allgemeinen Betriebsversammlung beschlossen wurde. In der Resolution werden sich die Versammelten gegen die politische Tätigkeit des Arbeiteraufkäuferes. Man werden nur Rechte in wirtschaftlicher Beziehung anerkannt; jedem Versuch des Arbeiteraufkäuferes, in Zukunft Vorzügen seiner politischen Partei auf die Anhänger der S. P. D. auszuweichen, werde entschlossener Widerstand entgegengebracht werden.

Die S.P.D.-Mitglieder verpflichten sich fortan, nur der Parole der alten Partei zu folgen.

Preßfreiheit. Eine Sitzung der kombinierten Ortsverwaltung des Verbandes der Buchbinder und Papierverarbeiter Deutschlands beschloß einstimmig, für Freigabe der „Freiheit“ und „Kölnische Volkszeitung“ einzutreten. Der Buchbinderverband erwartet von den großdeutschen Verbänden in erster Linie reichliches und überflüssiges Eintreten für Preßfreiheit und gegen politisches Rundtrotzreden.

Neue Maßnahmen in der Erwerbslosenfürsorge.

Vom Preßamt der Stadt Altona wird uns geschrieben: In den Erörterungen, die sich mit der Erwerbslosigkeit beschäftigen, spielt neuerdings der Begriff der produktiven Erwerbslosenfürsorge eine gewisse Rolle. Was hat man darunter zu verstehen? Im wesentlichen was man sonst unter Rotstandsarbeit versteht, also eine Fürsorge, die nicht verzichtet will auf produktive Arbeitsleistung des Erwerbslosen. Außerdem soll die Rotstandsarbeit auf den Tausenden, die jahrelang der Werte schaffenden Arbeit entzogen waren, ermöglicht, sich überhaupt erst einmal wieder in die Arbeit hineinzufinden. Leider kann man häufig den Erwerbslosen nicht in der wünschenswerten Zahl (Schwierigkeiten der Materialbeschaffung usw.) diese den Lebensgang zur Erwerbsarbeit erleichternde Fürsorge angeben lassen. In Altona hat man mit der Einführung einer halbmonatigen Beschäftigungsdauer die besten Erfahrungen gemacht. Die Zahl der Rotstandsarbeiter konnte sofort verdoppelt werden. Daneben hat die halbmonatige Schicht noch einen anderen wesentlichen Vorteil. Bisher war den Rotstandsarbeitern, weil die Arbeitsstätte vom Arbeitsnachweis oft weit entfernt war, die Rückkehr zur Erwerbsarbeit schwieriger als den übrigen Erwerbslosen. Dieser unnatürliche Zustand ist nun beseitigt; die Rotstandsarbeiten sind jetzt ebenfalls dauernd in der Arbeitsvermittlung.

Aus aller Welt.

Großfeuer auf dem Warnemünder Flugplatz.

Im Flugzeugstuppen des Warnemünder Flugplatzes entstand, wie man annimmt durch Warnlaufen einer Maschine, ein Großfeuer, durch das nach der Warnemünder Zeitung“ über zweihundert Flugzeuge, darunter zwei Tiefenflugzeuge, vernichtet wurden. Der Gesamtschaden geht in die Millionen.

Auf dem Heimwege von einer Dienstreise wurden, wie uns berichtet wird, in der vergangenen Nacht zwei Kriminalbeamte von einer dreißigköpfigen Bande im Stadtwald bei Frankfurt a. M. überfallen und durch Messerhiebe und Schläge lebensgefährlich verletzt. Die Räuberführer wurden verhaftet.

Reizmittel. In der reaktionären Zeit: Kaiser Räder, Charlottenburg; für Unruhmänner: H. Glode, Berlin. Verlag: Hermanns-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Hermanns-Verlag G. m. b. H., Berlin. Vertrieb: Hermanns-Verlag G. m. b. H., Berlin. Vertrieb: Hermanns-Verlag G. m. b. H., Berlin.

Wichtige Mitteilung für alle Leser des „Vorwärts“

Alle Leser des „Vorwärts“ erhalten gegen Einzahlung des nebenstehenden Gutschein im Grade Probezeit der sämtlich bekannten illustrierten Zeitschrift „Welt und Wissen“. Dieselbe bringt von ersten Schriftstellern gemeinschaftliche Abhandlungen aus allen Wissenschaften. Jedes Heft enthält ca. 20 Artikel, z. B.: Der Mensch in der Hochkultur. — Wenn

die Erde erzittert. — Wie erhalte ich mich jung. — Der Wille und dessen Gymnastik. — Das Leben unter Wasser. — Fernphotographie. — Liebe und Ede bei den Naturvölkern. — Der Mensch und die Geisteswelt. — Flüssige Luft. — Einfluss der Lebensweise auf das Menschenalter. — Versuchene Städte in der Sahara. — Eine Fahrt im Unterseeboot usw.

Kußerdem erhält jeder Abonnent eine große Hausbibliothek gratis und zwar zu jedem Jahrgang drei Werke. Damit jeder Leser darauf abonnieren kann, ist der Preis auf nur 45 Pf. pro Heft festgelegt.

Gutschein
für die Zeitschrift
„Vorwärts“.
An den
Verlag „Welt und Wissen“
Berlin-Schöneberg, Am Dorf 11.
Ich bestelle hiermit ein
Heft der Zeitschrift
Name: _____
Ort: _____

Platin Gr. 198 Mk.
Gold, Silber in Münzen
Brennspitzen, Platinkaltblech,
Zahngelbisse, Queckkalber
kauft zu den höchsten Tagespreisen
Adolf Friedländer, Berlin,
Kommandantenstr. 22, 1 rechts.

Messing
Kupfer, Rotguss, Zink,
Blei, Zinn, Lagermetall
kauft nach wie vor zu anerkannt
höchsten Preisen
Produktion-Großhandlung
Dresdener Straße 14
am Kottbuser Tor. Mpl. 125/23

Kleine Anzeigen im „Vorwärts“ sind billig und erfolgreich!

Möbel
u. Polsterwaren, Spezialität:
Bürgerliche Wohnungseinrichtungen.
Solide Arbeit.
Großes Lager. Preis-Haus-
haltung.

Ehlenbecks Rauchtahak
aus Uebersee-Tahak mit prima Fikantenbeize.
Vorzüglichste Qualität. Große Leistungsfähigkeit.
Rauchtahak und geröstet.
Zigaretten-Tahak
In den verschiedensten Qualitäten. Sämtlich Vorrat.
Ehlenbeck & Becker, Köln, Lindenstr. 14.
Fernspr. B. 344, A. 474

Spezial-Arzt
für Haut-, Harn-, Blasen-,
Uterusleiden, nervöse Schwäche,
speziell veraltete Pflüze, Salvarsan-Kuren,
Uterus-Blutunterbrechungen, Separatus-Damenzimmer.
Erste und älteste Heil-Anstalt Löser.
Dir. Löser senior, Dr. Skottel.
Nur Rosenthaler Str. 69-70, 9-1, 48. Sonnt. 10-1

Widerstandsdraht
kauft jeden Posten
Bock, Neudamm, Pflügerstr. 29.

Spezial-Behandlung
u. Haut-, Gicht-, Unterleibsleiden, großer Schmerz. Große
Dauerhaftigkeit. Schenke, 1. Kranke, welche erkrankt sind, auf
gehört werden. Statutenänderung, Höhenmesser, Berlin, 10.
Hauptstr. 11, Berlin. 10-12-4, 7, Sonntag 12-1

M. Goldstaub
Berlin SW.
Belle-Alliancestr. 4
(Haltachtes Tor)
Gehaltene Möbel können bis
auf Abbruch bei mir lagern.

Uhren, Perlen, Brillanten.
G. Schliephacke,
Friedrichstr. 210, Ecke Kocher

Verkauf
Garten, Bäume von 10-
20, 25, 30, 40, 50, 60, 70, 80, 90, 100, 110, 120, 130, 140, 150, 160, 170, 180, 190, 200, 210, 220, 230, 240, 250, 260, 270, 280, 290, 300, 310, 320, 330, 340, 350, 360, 370, 380, 390, 400, 410, 420, 430, 440, 450, 460, 470, 480, 490, 500, 510, 520, 530, 540, 550, 560, 570, 580, 590, 600, 610, 620, 630, 640, 650, 660, 670, 680, 690, 700, 710, 720, 730, 740, 750, 760, 770, 780, 790, 800, 810, 820, 830, 840, 850, 860, 870, 880, 890, 900, 910, 920, 930, 940, 950, 960, 970, 980, 990, 1000.

Widerricht
Widerricht, 12 Jahre
bestehend, neuzeitlich ausgestattete
Widerricht, 12 Jahre
bestehend, neuzeitlich ausgestattete
Widerricht, 12 Jahre
bestehend, neuzeitlich ausgestattete

Widerricht
Widerricht, 12 Jahre
bestehend, neuzeitlich ausgestattete
Widerricht, 12 Jahre
bestehend, neuzeitlich ausgestattete
Widerricht, 12 Jahre
bestehend, neuzeitlich ausgestattete

Kaufgesuche
Widerricht, 12 Jahre
bestehend, neuzeitlich ausgestattete
Widerricht, 12 Jahre
bestehend, neuzeitlich ausgestattete
Widerricht, 12 Jahre
bestehend, neuzeitlich ausgestattete

Widerricht
Widerricht, 12 Jahre
bestehend, neuzeitlich ausgestattete
Widerricht, 12 Jahre
bestehend, neuzeitlich ausgestattete
Widerricht, 12 Jahre
bestehend, neuzeitlich ausgestattete

Widerricht
Widerricht, 12 Jahre
bestehend, neuzeitlich ausgestattete
Widerricht, 12 Jahre
bestehend, neuzeitlich ausgestattete
Widerricht, 12 Jahre
bestehend, neuzeitlich ausgestattete

Unterricht
Widerricht, 12 Jahre
bestehend, neuzeitlich ausgestattete
Widerricht, 12 Jahre
bestehend, neuzeitlich ausgestattete
Widerricht, 12 Jahre
bestehend, neuzeitlich ausgestattete

Arbeitsmarkt
Widerricht, 12 Jahre
bestehend, neuzeitlich ausgestattete
Widerricht, 12 Jahre
bestehend, neuzeitlich ausgestattete
Widerricht, 12 Jahre
bestehend, neuzeitlich ausgestattete